

*Herrn  
Präsident des Burgenländischen Landtages  
Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10. Dezember 2024

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 2015, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend Akutmilliarde zur Unterstützung der österreichischen Gemeinden**

Zum unter Zahl 22 – 2015 eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“ hält der Burgenländische Landtag fest:

Österreichweit hat sich die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden auch nach dem neuen Finanzausgleich nicht verbessert. In nahezu allen Gemeinden müssen notwendige Investitionen nach hinten verschoben oder gänzlich abgesagt werden. Die finanziell angespannte Situation vieler österreichischer Gemeinden hat mehrere Ursachen, die sich aus strukturellen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ergeben. Zu den zentralen Faktoren zählen:

#### 1. Verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Durch die katastrophale Wirtschaftspolitik der scheidenden Bundesregierung befindet sich die Österreichische Wirtschaft seit 2023 in der Rezession. Während andere Staaten die Teuerungswelle durch gezielte Maßnahmen deutlich abschwächen konnte, hat die Bundesregierung wenige beziehungsweise keine effektiven Aktivitäten unternommen. Die monatlichen Inflationsraten lagen in den letzten Jahren vereinzelt bei bis zu elf Prozent. Für die Gemeinden bedeutete dies unter anderem einen massiven Anstieg der Energie- sowie sämtlicher Sach- und Investitionskosten.

Die ÖVP-Grüne Bundesregierung hat ein Budgetloch von 15 Milliarden Euro zu verantworten. Dieser Schuldenberg wurde mit großzügigen Steuersenkungen für Konzerne, Kürzung der Lohnnebenkosten und der COFAG-Milliarden an Benko und Co angehäuft. Dadurch hat die künftige Bundesregierung ein Sparbudget zu schnüren, welches auch die Gemeinden weiter treffen wird.

#### 2. Sinkende Steuereinnahmen und versprochene Mehrauszahlungen vom Bund bleiben aus

Die ÖVP-Grüne Wirtschaftspolitik führt zu sinkenden Steuereinnahmen. Den burgenländischen Gemeinden wurde noch Ende 2023 für 2025 eine Erhöhung der Ertragsanteile um fast 5 Prozent versprochen. Stattdessen prognostiziert das Bundesministerium für Finanzen nun ein Minus bei den Bundesertragsanteilen für die österreichischen Gemeinden im Jahr 2025. Dadurch entgehen allein den burgenländischen Gemeinden knapp 18 Millionen Euro im kommenden Jahr.

Aufgrund der fehlenden beziehungsweise verfehlten Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Teuerung lag die Bundes-Ertragsanteilentwicklung der burgenländischen Gemeinden seit 2021 bei rund der Hälfte der kumulierten Inflationsrate. In der gleichen Zeitspanne werden die Ertragsanteile der Gemeinden lediglich um 14,2 Prozent steigen. Damit kompensiert die Steigerung der Ertragsanteile durch den Bund nicht einmal die Inflation. Dies verschärft zusätzlich die ohnehin durch die Teuerung angespannte finanzielle Lage der Gemeinden, die stark von Ertragsanteilen abhängig sind.

### 3. Gemeindepakete des Bundes als wenig wirksame Instrumente

Der aktuelle Ausnutzungsgrad der KIP 2023-Mittel und die Verlängerung bis 2025 zeigen deutlich, dass diese Gemeindeinvestitionspakete des Bundes die falschen Instrumente zur Bewältigung der finanziellen Krise in den Gemeinden sind. Vereinzelt haben die Investitionsanreize sogar dazu geführt, dass sich Gemeinden durch Investitionen zusätzlich verschuldet haben, wodurch sich die finanzielle Lage weiter verschlechtert hat. Damit entsprechen diese Pakete nicht den tatsächlichen Bedürfnissen und bietet weder eine sofortige Entlastung noch eine langfristige Lösung für die strukturellen Probleme der Kommunen. Ähnlich verhält es sich mit dem geplanten Gemeindepakete des Bundes für 2025, bei dem neuerlich, wenn überhaupt, nur punktuelle und sehr kurzfristige Entlastungen ermöglicht werden. Auch diese Pakete wirken weder nachhaltig noch strukturell.

Im Gegensatz zum Bund schnürte das Land Burgenland ein Sonderförderungs paket für burgenländische Gemeinden für das Jahr 2024. Neben den reinen Bedarfszuweisungsmitteln für die Gemeinden in Höhe von 45 Millionen Euro unterstützte das Land mit 25 Millionen Euro Landesbedarfszuweisungen die burgenländischen Gemeinden. Anfang des Jahres verhandelte die Burgenländische Landesregierung ein strukturell wirkendes, nachhaltiges und wertgesichertes Gemeindeentlastungspaket mit Vertretern der burgenländischen Kommunen aus, welches die ÖVP Burgenland weiterhin aus rein parteipolitischen Gründen blockiert. Dieses Paket hätte den Gemeinden bis 2030 eine kumulierte unmittelbare finanzielle Entlastung von rund 311 Millionen Euro eingebracht. Somit ist es der ÖVP Burgenland zu verdanken, dass die Gemeinden weit weniger finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat das Burgenland die geringsten Pro-Kopf-Umlagenbelastungen für Gemeinden. Beispielweise trägt das Land Burgenland 90 Prozent der Kosten zur Finanzierung der Krankenanstalten, die burgenländischen Gemeinden müssen lediglich zehn Prozent übernehmen, während im Gegensatz die niederösterreichischen Gemeinden 50 Prozent dieser Kosten zu tragen haben. Auch die ÖVP-Kritik an der Landesumlage ist nicht nachzuvollziehen. Berücksichtigt man alle Kosten im Land, die durch beziehungsweise für die Gemeinden erbracht werden,

deckt die Landesumlage nur einen Bruchteil der Kosten ab, die nicht durch gesetzlich verankerte Aufteilungslogiken geregelt sind.

Zur weiteren Unterstützung der burgenländischen Gemeinden wurde das Burgenländische Gemeindefondsgesetz ausgearbeitet, das im kommenden Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ziel dieses Gesetzes ist es, Gemeinden in finanziell schwierigen Situationen einen „Rettungsschirm“ zu bieten, um die Liquidität und die Stabilität ihrer Gebarung nachhaltig sicherzustellen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- eine Akutmilliarde zur Unterstützung der österreichischen Gemeinden bereitstellen und umgehend auszahlen, um zumindest einen kleinen Teil der Ausgaben-Einnahmen-Schere der letzten Jahre zu kompensieren. Für die 171 burgenländischen Gemeinden ergibt das einen Betrag von 33 Mio. €.
- eine strukturelle Neukonfiguration im Kontext des Finanzausgleichs, bei dem die Ausgaben-Einnahmen Schere für Gemeinden nachhaltig geschlossen wird und somit finanzielle Planungssicherheit in den Gemeinden gewährleistet werden kann.